

**Entwurf einer Stellungnahme der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen zur kommunalen Wärmeplanung**

1. Die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen fordern, die Perspektiven für den Anschluss an netzgebundene Wärmequellen in den drei Stadtteilen deutlich zu erweitern. Dazu gehören insbesondere Großwärmepumpen für kleinere Versorgungsgebiete sowie neu anzulegende Netze für Fernwärme und anergiebasierte Wärmenetze. Ziel ist ein deutlich stärkerer und schnellerer Ausbau der Fernwärme- und Anergienetze.
2. Die Beiräte regen an, dass die Landesregierung weitere Investoren motiviert, als Anbieter in das leitungsgebundene Wärmegeschäft einzusteigen. Die Beiräte bitten darum, die nächsten konkreten Schritte darzustellen. Insbesondere interessiert, wie die Landesregierung die Möglichkeit bewertet, in konkrete Projekte mit städtischer Beteiligung einzusteigen.
3. Die Potenziale anergiebasierter Wärmenetze sind im vorläufigen Wärmeplan aus Sicht der Beiräte unvollständig dargestellt. Die Möglichkeit, erforderliche Tiefenbohrungen im Bereich öffentlicher Flächen (z. B. Fußwege) vorzunehmen, wurde nicht untersucht. Die Beiräte bitten darum, diese Prüfung für Findorff, Walle und Gröpelingen nachzuholen und die Ergebnisse im Wärmeplan nachvollziehbar darzustellen. Auch die Eignung hinsichtlich der geologischen Bedingungen sollte detaillierter dargestellt werden.
4. Die Beiräte würden konkrete, niedrigschwellige Angebote für individuelle Beratungen sehr begrüßen, die turnusmäßig direkt in den drei Stadtteilen Findorff, Walle und Gröpelingen stattfinden. Für die großflächig ausgewiesenen „Prüfgebiete“ werden zeitnahe und belastbare Prüfergebnisse benötigt, um den Bürger:innen und Eigentümer:innen eine klare und transparente Orientierung zur künftigen Wärmeversorgung zu geben.
5. Die Beiräte setzen sich für eine soziale Absicherung der Wärmewende ein. Der vorläufige Wärmeplan soll bei der weiteren Ausarbeitung Maßnahmen zur sozialen Abfederung der Kosten berücksichtigen, unter anderem sozial gestaffelte Wärmepreise und Förderprogramme für Haushalte mit geringem Einkommen. Hierzu gehören auch Maßnahmen zum Schutz der Fernwärmekund:innen vor überzogenen Preisen. Insbesondere soll geprüft werden, ob zum Beispiel eine kommunale Wärmegenossenschaft oder eine (Re-)Kommunalisierung der swb AG zu einer sozial gerechteren Umsetzung der Wärmewende beitragen kann.
6. In der Konzeption „Entwurf der Umsetzungsstrategie“ des Ressorts SUKW sind nur wenige konkrete Zeitpunkte für zu realisierende Schritte genannt. Die Beiräte wünschen sich für Findorff, Walle und Gröpelingen eine termingebundene Umsetzungsstrategie im Sinne der oben ausgeführten Punkte und würden eine solche Termingebundenheit auch bezogen auf die im Entwurf dargestellte Gesamtstrategie sehr begrüßen.
7. Die Umsetzung der Wärmewende wird eine Vielzahl von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum erfordern. Vor diesem Hintergrund halten die Beiräte es für erforderlich, die Koordinierung von Baustellen zu verbessern. Der Beirat regt die Schaffung einer ressortübergreifenden Koordinierungsstelle an, die anstehende Bauvorhaben priorisieren und terminieren soll, um Überschneidungen und Konflikte zu vermeiden.

Sie soll auch die Bündelung von verschiedenen Maßnahmen im gleichen baulichen Kontext fördern, um die Anzahl der Baufeldöffnungen und die Kosten für die Wiederherstellung zu reduzieren.

8. Die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen bedauern außerordentlich, dass die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft nicht auf wiederholte Initiativen eingegangen ist, im laufenden Planungsprozess über die besonderen Herausforderungen der zukünftigen Wärmeversorgung in den Stadtteilen ins Gespräch zu kommen. Sie bitten darum, an der weiteren Entwicklung der kommunalen Wärmeplanung kontinuierlich beteiligt zu werden, um Transparenz und Mitwirkung zu sichern.